



Berlin plus X

> **Linksfraktion legt Finanzierungsmodell vor, um den Sanierungstau in der Stadt abzubauen**

Berlin investiert derzeit so wenig wie kein anderes Bundesland in seine Infrastruktur. Das ist fatal. Bei den Schulen gibt es inzwischen einen Sanierungstau von etwa zwei Milliarden Euro, 2,5 Milliarden sind es bei öffentlichen Gebäuden, 640 Millionen bei Krankenhäusern, 500 bis 600 Millionen bei der Straßensanierung - insgesamt etwa zehn Milliarden Euro. Von Investitionen in neue Kindertagesstätten, Schulen, Wohnungen oder ein größeres Angebot beim Öffentlichen Personennahverkehr gar nicht zu reden.

Die Linksfraktion schlägt deshalb ein Finanzierungsmodell vor, mit dem in den nächsten zehn Jahren nicht nur die marode Infrastruktur wieder flott gemacht werden kann, sondern auch zusätzliche Investitionen möglich sind.

Dafür sollen landeseigene Gesellschaften zum Beispiel für die Sanierung von Schulen Kredite aufnehmen und die derzeit dafür eingesetzten Mittel aus dem Landeshaushalt zur Bedienung des Kapitaldienstes einsetzen. Damit stünde schlagartig mehr Geld zur Verfügung. Es würde auch kein neuer Schuldenberg aufgebaut, sondern lediglich eine Vorfinanzierung der Sanierung vorgenommen. Die Kosten unseres Modells wären transparent im Haushalt abgebildet, weil zum Beispiel die Schulen dann an die Landesgesellschaft Miete zahlen. Und da sich die kreditgebende Investitionsbank IBB bis zu 20 Jahre zu fixen Konditionen refinanzieren kann, bestünde auch kein Zinsänderungsrisiko. Zugleich würde mit den Investitionen die Wirtschaft weiter angekurbelt und neue

Schwerpunktthema

- > **Michelangelostraße: In Geisel-Haft**
... weiter auf Seite 3
- > **Nicht egal, wer die USA regiert**
... weiter auf Seite 4
- > **Gewobag modernisiert Mieter raus**
... weiter auf Seite 5
- > **LINKE für die BVV**
... weiter auf Seite 6
- > **Wachsende Stadt braucht mehr Personal**
... weiter auf Seite 7

Arbeitsplätze würden entstehen. Das ist besser als das Nichts-Tun der rot-schwarzen Koalition.



Udo Wolf
Vorsitzender der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus und Direktkandidat im Wahlkreis 5

➤ **Ganztagsbetreuung für alle**

Die Linksfraktion fordert die umgehende Abschaffung der Bedarfsprüfungen für die Hortbetreuung in offenen Ganztagsgrundschulen. Damit unterstützen wir die Forderung der Interessenvertretung der Pankower Eltern. In Pankow gibt es 41 staatliche und sieben private Grundschulen in dieser Schulform. Sowohl die Verwaltung Pankows als auch die Eltern werden durch die Bedarfsprüfung überproportional belastet. Dabei ist ein Bedarf – betrachtet mensch auch die Ziele der Integration und Inklusion – für jedes Kind vorhanden. Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ging die Forderung nach einer Ganztagsbetreuung für alle offenbar zu weit. Sie setzten mit Unterstützung der SPD die Überweisung des Antrages in den Schulausschuss durch.

➤ **Weitere Anträge**

Einen Antrag der SPD, das Bezirksamt möge beschädigte Einfassungen von Baumscheiben reparieren, hat die Linksfraktion unterstützt. Die BVV hat dies einstimmig beschlossen.

Unterstützt haben wir auch die Forderung nach mehr Bordsteinabsenkungen im Kissingenviertel. Der Antrag wurde in den Verkehrsausschuss überwiesen.

Gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der CDU fordert die Linksfraktion weitere Maßnahmen für den Schutz von Wildtieren in Zirkussen.

Über die Fraktionsgrenzen hinweg fand die BVV zu einer einmütigen Haltung zum Erscheinungsbild der Jugendverkehrsschule: Ein Graffiti-Wettbewerb soll ausgelobt und das Gebäude nach dem Willen von Kindern und Jugendlichen gestaltet werden.

Einladung BVV-Sitzung

am **1. Juni 2016**

➤ **40. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal, Haus 7, in der Fröbelstraße 17

Aus der Tagung der 39. BVV

➤ **Kritische Einwohnerfragen und überschöner Bericht des Bezirksbürgermeisters**

Nach guter Tradition begann die 39. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte April mit der Einwohnerfragestunde.

Bei der Entwicklung des ehemaligen Güterbahnhofs Pankow zu einem Areal namens „Pankower Tor“ geht es wieder voran. Ungeklärt ist nach wie vor, welche verkehrlichen Lösungen gefunden werden, um das zusätzliche Verkehrsaufkommen zu bewältigen. Um einen drohenden Verkehrskollaps, etwa im Ortsteil Heinersdorf, zu verhindern, sollen Gutachter Konzepte entwickeln. Die Ausschreibung dieses Gutachtens, so Stadtrat Kirchner (GRÜNE), stehe unmittelbar bevor.

Auch beim Wohnungsbauprojekt Michelangelostraße, so konstatierte eine Anwohnerin, sind verkehrliche Fragen nicht ausreichend berücksichtigt. Eine weitere Einwohnerfrage verwies auf die Funktion der zu bebauenden Fläche für das Stadtklima. Stadtrat Kirchner bestärkte mit seiner ausweichenden Beantwortung dieser Fragen nur den Eindruck, dass die Festlegung einer Bebauung hier vor einer tieferen Analyse und nachhaltigen Planung getroffen wurde.

Wie bereits auf der letzten BVV-Tagung brachten Anwohner*innen ihre Unzufriedenheit über das Handeln der Verwaltung gegenüber einem Immobilieninvestor zum Ausdruck. Dieser will ein ehemaliges Bahnareal (inklusive Brücke) in der Nachbarschaft des Thälmannparks zwar gewinnträchtig „entwickeln“, seinen Verpflichtungen als Eigentümer aber nur unzureichend nachkommen: Das Bezirksamt war bisher bei der Durchsetzung der Forderungen, einer weiteren Vermüllung der Brache entgegenzuwirken, wenig erfolgreich.

Bezirksbürgermeister Köhne (SPD) wollte der BVV nur gute Nachrichten übermitteln. Der Senat teilte den Bezir-



Lokschuppen am S-Bhf. Heinersdorf

ken jüngst mit, wie gut oder schlecht sie im Jahr 2015 gewirtschaftet haben sollen. Pankow erreichte dabei, zur Freude aller, ein solides Plus, baute sogenannte „Altschulden“ ab und verbesserte sich als Bezirk erneut auch im Berliner Sozialindex. In diesem fließen Informationen über die Einwohnerschaft in Hinsicht auf Beschäftigung, Einkommen, Bildungsniveau, Gesundheit u.a.m. zusammen.

Ein genauerer Blick verrät aber, dass auch in Pankow die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht. Wir meinen: Die Darstellung des scheidenden SPD-Bürgermeisters hätte durchaus kritischer ausfallen können. Es ist kaum sein Verdienst, dass der Finanzsenator nach Gutsherrenmanier über die Bezirke Geld verteilt, ohne dass die so „Beschenkten“ wissen, auf welcher Grundlage hier mit den Haushaltszahlen gespielt wird. Auch das Festhalten der Senatsverwaltungen an dem Konstrukt des „veredelten Einwohners“ macht die positive soziale Entwicklung zu einem finanziellen Risiko für Pankow. Weil der Durchschnittseinwohner in Pankow mehr Geld verdient als etwa in Neukölln, erhält Pankow weniger Mittel für die Pflege des Mauerparks. Auch hier gilt: Ein grundsätzlicher Neustart im Land Berlin ist überfällig.



licher Neustart im Land Berlin ist überfällig.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter
und Direktkandidat
im Wahlkreis 8

Michelangelostraße - in Geisel-Haft

➤ **Bausenator kündigt Bau von 2.500 Wohnungen an**

Mitte April verkündete Bau-Senator Geisel (SPD) neuerlich, dass an der Michelangelostraße eines von zwölf neuen großen Wohnquartieren mit 2.500 Wohnungen entstehen soll. Der Siegerentwurf des städtebaulichen Wettbewerbes „Wohnen an der Michelangelostraße“ plante 1.700 Wohnungen. Er löste wegen der Massivität der geplanten Bebauung und der damit verbundenen Beeinträchtigung der bestehenden Wohnqualitäten erhebliche Proteste aus. Das Bezirksamt Pankow zeigte inzwischen Bereitschaft, die Planungen zu korrigieren. Auf der Nordseite sollen die neuen Wohnhäuser von der bestehenden Wohnbebauung erheblich abgerückt werden. Letztlich wird man auch auf der Südseite nicht darum herumkommen, die Wohnungsanzahl auf ein städtebaulich verträgliches Maß zu reduzieren. Die vielen anderen offenen Fragen, wie etwa nach dem ruhenden Verkehr und nach der stadtklimatischen Wirkung, wären dann aber immer noch nicht geklärt.

Angesichts dessen mutet die medial inszenierte neuerliche Geisel-Ankündigung anachronistisch an. Sie ist wohl nur als panische Wahlkampfinszenie-

rung der regierenden SPD zu verstehen. Man hat die soziale Wohnungs- zur Neubaufgabe - bauen, bauen, bauen - deklariert und zum politischen Maßstab für die Koalition erhoben. Jetzt muss man liefern, wenn auch nur in medienwirksamen Ankündigungsveranstaltungen. Zwar erkennen immer mehr Berliner*innen, dass die vielen neuen Wohnungen weder preiswert sind noch den Preisanstieg im Wohnungsbestand stoppen werden. Damit lösen sich aber die stadunverträglichen und nicht sozialen Neubauprogramme nicht einfach in Luft auf. Denn es gibt handfeste Renditeinteressen, die auf dieser sozialdemokratischen Neubaukampagne surfen.

Natürlich werden nicht all die angekündigten Wohnsiedlungen gebaut werden, denn dazu reichen die Subventionstöpfe der öffentlichen Hand nicht aus. Aber solange es eine kaufkräftige Nachfrage gibt, finden sich auch private und öffentliche Investoren, die ohne Fördermittel in einigen Stadtlagen renditefest bauen können und wollen. Für diese dürfte der Standort Michelangelostraße von größerem Interesse sein als andere auf der Geisel-Liste.



Michelangelostraße

Im Interesse einer vernünftigen Stadtentwicklung und einer sozialen Wohnungspolitik ist es wünschenswert, dass die SPD nach dem 18. September nicht mehr die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung regiert.



Michail Nelken
Bezirksverordneter
und Direktkandidat
im Wahlkreis 9

Unterkünfte für schutzbedürftige Geflüchtete einrichten

Der spezielle Status von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten, wie schwangere Frauen, Familien mit kleinen Kindern, Lesben, Schwule, Transgender, stark traumatisierte Geflüchtete und Kranke, ist gesetzlich festgelegt. Bisher gibt es in Pankow keine Einrichtung, die gezielt für diese Personengruppen geeignet ist, obwohl die Anzahl der betroffenen Personen sehr hoch ist. Insbesondere in den als Notunterkünften genutzten Turnhallen leben Geflüchtete auf engstem Raum, ohne Privatsphäre

und sind ständigem Stress ausgesetzt.

Zwei Anträge, einer von der Linksfraktion und einer von den Grünen, beschäftigen sich mit diesem Missstand. Es werden folgende Forderungen erhoben: Das Bezirksamt soll in Zusammenarbeit mit den Trägern der Pankower Flüchtlingsunterkünfte die Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten in Großunterkünften wie Sporthallen vermeiden. Beim Senat soll für Pankow schnellstmöglich eine zentrale Unterkunft für

besonders schutzbedürftige Geflüchtete angeregt werden, die auch die Betroffenen aufnimmt, die bereits in hiesigen Großraumunterkünften leben.

Der Antrag der Linksfraktion wurde beschlossen. Der Antrag der Grünen, der von der Linksfraktion unterstützt und mitgezeichnet wurde, wird im zuständigen Fachausschuss beraten.



Matthias Zarbock
Bezirksverordneter
und Direktkandidat
im Wahlkreis 8

Nicht egal, wer die USA regiert

➤ **Uneingeschränkte Solidarität – das war lange das Dogma im Umgang mit den Vereinigten Staaten.**

Aber die Zeiten haben sich geändert. Ich glaube, dass die heutige Generation mehr über 9/11, über die Bespitzelung der US-Geheimdienste und über



Stefan Liebich im Bundestag

US-Bürger wie Snowden und Manning nachdenkt, die als Whistleblower wichtige Verdienste haben.

Es war richtig, dass die Bundesregierung dem Irakkrieg widersprochen hat. Es war richtig, dass sich Deutschland

nicht am NATO-Einsatz in Libyen beteiligt hat. Diese Kriege haben eine ganze Region destabilisiert. Aber auch die USA haben sich verändert. Die Brücke über den Pazifik ist für viele mittlerweile wichtiger als die über den Atlantik.

In den USA wird so erbittert gestritten wie wohl nie zuvor. Schauen Sie sich Donald Trump an, einen Sexisten, einen Rassisten, oder Ted Cruz, einen religiösen Fanatiker, von dem viele sagen, dass er nicht so laut ist wie Trump, aber noch gefährlicher. Auf der anderen Seite gibt es jemanden wie den Senator Bernie Sanders, der sich demokratischer Sozialist nennt, was in den USA früher ein politisches Todesurteil gewesen wäre. Es gibt das andere Amerika – bunt, weltoffen, tolerant, progressiv. Schon allein deshalb kann Antiamerikanismus niemals links sein. Wer die USA regiert, ist auch für uns in Deutschland nicht egal.

Wahlkreisbüro

Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich.ma04@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



Es ist jetzt Zeit für eine neue transatlantische Partnerschaft, die auf globaler Gerechtigkeit, Respekt und Frieden basiert. Sie könnte mit einem wichtigen Signal begonnen werden: dem Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland.

(Aus der Rede von Stefan Liebich am 15. April im Bundestag zum Stand der Transatlantischen Beziehungen)

Arbeit statt Erwerbslosigkeit

➤ **LINKE fordert Qualifizierungsoffensive für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete**

Trotz der guten wirtschaftlichen Lage in Berlin sind viele Menschen langzeiterwerbslos. DIE LINKE will dazu beitragen, dass sie eine berufliche Perspektive erhalten.



Auch Geflüchtete sind von Erwerbslosigkeit bedroht. Sie unterliegen in den ersten Monaten nach ihrer Ankunft einem Arbeitsverbot. Aber der Senat hat auch kein Konzept, wie er danach ihren Zugang zu Arbeit und Ausbildung gestalten will. Der ist aber zentral, damit sie sich ein eigenständiges Leben aufbauen können.

Der Prozess der beruflichen Eingliederung wird am besten gelingen, wenn Menschen ihre Kompetenzen und Erfahrungen in der betrieblichen Praxis anwenden können. Im betrieblichen Alltag lassen sich die Fertigkeiten am besten überprüfen und darauf können (Nach)Qualifizierungen oder Ausbildungen aufbauen.

Wir wollen ein Landesinvestitionsprogramm für Berlin, damit Schulen nicht weiter verfallen, Stadtteilzentren barrierefrei werden und die soziale Infrastruktur wohnortnah erreichbar ist. Dies wollen wir mit einer Qualifizierungsoffensive für Geflüchtete und Langzeiterwerbslose verbinden. Voraussetzung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen dieses

Investitionsprogramms ist die Beteiligung an der Qualifizierungsoffensive. Arbeitgeber*innen würden bei unbefristeter Einstellung Geflüchteter oder Langzeiterwerbsloser einen Lohnkostenzuschuss erhalten. Bei Qualifizierungsmaßnahmen können die Betriebe und Teilnehmenden durch die schon jetzt bestehenden Qualifizierungsangebote unterstützt werden. Dafür steht DIE LINKE. Wir werden weiter für diese Idee kämpfen, denn davon profitieren alle Berliner*innen.



**Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses und
Direktkandidatin im
Wahlkreis 1**

kommunal ≠ sozial

> Gewobag modernisiert Mieter am Kollé und Helmi hinaus

Die Mieter*innen der Knaackstraße 60 bis 68 wähten sich bei ihrer kommunalen Vermieterin Gewobag in guten Händen. Ringsum waren die Mieten ins Unermessliche gestiegen. Aber in ihrem Block konnte sich die bunt gemischte Mieterschaft mit ihrem kleinen Einkommen den hippen Kollwitzplatz-Kiez noch leisten. Dann bekam sie im Februar Modernisierungsankündigungen, in denen Mietsteigerungen von 80 bis 130 Prozent angezeigt wurden. In der Ankündigung lasen die Mieter*innen das übliche Programm der energetischen Sanierung: Fassadendämmung, Fensteraustausch, Zentralheizungsanlage mit Warmwasserversorgung, neue Bäder. Auch wenn die Modernisierungskosten „nur“ mit neun Prozent umgelegt werden, kämen Mieten he-

raus, die die Mieter*innen nicht bezahlen können.

Ein Ausrutscher der Gewobag? Nein, die Mieter*innen eines Hauses am Helmholtzplatz bekamen im Februar ähnliche Modernisierungsankündigungen. Warum ist die kommunale Gewobag so darauf aus, mit aufwendigen Modernisierungen die letzten preiswerten Wohnungen im teuren Prenzlauer Berg zu liquidieren? Die Antwort ist so simpel wie marktwirtschaftlich: Hier kann sie solche kostspieligen Maßnahmen wirtschaftlich realisieren, also über hohe Mieten refinanzieren, selbst wenn man bei einigen Alt-Mieter*innen diese aus sozialen Gründen kappt. Mit den hohen Mieten der restlichen Mieter*innen und mit marktüblichen Neuvermietungs-mieten rechnet sich das insgesamt.



Gewobag in der Schwedter Straße

So hat es vor wenigen Monaten die SPD/CDU-Koalition im Wohnraumversorgungsgesetz, zynisch Mietenkompromiss genannt, beschlossen.

Kommunal bedeutet also nicht gleich sozial. Diese Vermietungspolitik lässt der Senat von allen Gesellschaften betreiben. Hier bedarf es dringend der Umsteuerung.



Michail Nelken
Bezirksverordneter
und Direktkandidat
im Wahlkreis 9

Durchbrüche und Untiefen

> Fortgang beim Pankower Tor?

Jüngst verkündeten ein Senator, ein Stadtrat und der Investor den „Durchbruch“ am „Pankower Tor“. Anlass genug, genauer hinzusehen, was sich hinter der neuen Einigkeit verbirgt.

Im Groben ist das Gelände des ehemaligen Rangierbahnhofes in fünf Bereiche mit unterschiedlicher Funktion aufgeteilt worden: eine Grundschule zwischen Mühlen- und Berliner Straße, das Einkaufszentrum am Bahnhof Pankow bis zur Neumannstraße, Wohnbebauung in der Mitte des Geländes, Möbelfachmärkte und verwandte Fachmärkte an der Prenzlauer Promenade, und schließlich ein weiterer Schulstandort am Bahnhof Heinersdorf. Soweit, so gut. Diese Aufteilung und feste Verabredung der weiteren Verfahrensschritte zur ihrer Verwirklichung sollen nun in einem Rahmenvertrag festgehalten werden. Ist ver-

nünftig. Nachdem ich jedoch als Ausschussvorsitzender der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den Tanz ums Pankower Tor fünf Jahre hautnah begleiten musste, glaube ich, dass ein Vertrag zustande kommt, erst, wenn er tatsächlich von allen Beteiligten (Senat, Bezirk, Krieger) unterschrieben worden ist.

Darüber hinaus gibt es immer noch kein Verkehrsgutachten, dass abzuschätzen erlaubt, ob und gegebenenfalls wie der Verkehr, den das ganze Vorhaben erzeugt, abgewickelt werden soll und kann. Das ist keine Nebensächlichkeit, denn diese Untiefe kann das ganze Vorhaben zum



Rangierbahnhof

Scheitern bringen. Zweifellos wäre ein unterschrieben Rahmenvertrag ein Fortschritt, denn er wird mindestens das Ende der Obstruktion des Senates gegen das Projekt bedeuten.



Die Korken würde ich trotzdem noch nicht knallen lassen.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Gute Kita in Gefahr

Über 96 Prozent der Berliner Kinder besuchen eine Kita oder Tagespflege. Das ist gut so, denn frühe Förderung ist wichtig für die Kinder und ermöglicht den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Lessing-Grundschule

Gerade im kinderreichen Pankow ist der Bedarf groß und wächst rasant. Nur die Platzzahlen wachsen nicht schnell genug mit. Und das nicht nur, weil zunehmend Freiflächen zur Bebauung oder bezahlbare Mieträume fehlen, es mangelt vor allem an Fachpersonal. Und was nützen neue Kitaplätze ohne Erzieher*innen?

Besonders groß ist das Problem ausgerechnet bei Kindern bis zum dritten Lebensjahr. Eine Erzieher*in betreut hier mehr als sechs Kinder. Sinnvoll wäre ein Betreuungsschlüssel von einer Erzieherin für drei Kinder. Nach vielen Protesten von Eltern, Fachverbänden und nicht zuletzt wegen etlicher Forderungen der Linksfraktion musste sich die SPD-CDU-Koalition bewegen und ein neues Kitafinanzierungsgesetz vorlegen. Heraus gekommen ist allerdings ein Plan zur Verbesserung des Personalschlüssels, nach dem erst ab August 2018 eine zusätzliche Erzieherin bei den Kleinsten finanziert wird. Statt realistischer Kitapolitik gibt es Wahlgeschenke, wie die Gebührenfreiheit für mehr als die bisherigen drei Jahre. Wir meinen, alle Finanzkraft muss in mehr Personal investiert werden, weil es das ist, was Kinder und Beschäftigte dringend brauchen.



Katrin Möller
Mitglied des Abgeordneten-
hauses
und Direktkandidatin im Wahlkreis 6

Zusammenhalt hat Vorfahrt

> **Am 18. September DIE LINKE wählen**

Pankow boomt und wächst wie kein zweiter Bezirk in Berlin. Die Bezirkspolitik hat darauf in den vergangenen Jahren zu langsam reagiert. Es fehlen Schulen, die Verkehrssituation spitzt sich zu, Bauwut verdrängt Kleingärten und Freiflächen. Die Mieten steigen, Parks und Grünanlagen verdrecken. Das ehrenamtliche Engagement bei der Unterbringung Geflüchteter ist beispielhaft, die politische Unterstützung halbherzig. Das Pankower Tor kommt nicht recht voran.

An diesen und weiteren Themen muss mit mehr Tatkraft und Ideen gearbeitet werden. DIE LINKE steht für eine soziale Wohnraumversorgung, mehr Kita- und Schulplätze, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die Pflege und Sicherheit des öffentlichen Raums sowie für eine leistungsfähige, bürgernahe und transparente Bezirksverwaltung.

Die geplanten Bauprojekte in der Michelangelostraße, im Thälmannpark, auf der Elisabeth-Aue und andernorts bedürfen über das gesetzlich vorgesehene Maß hinaus eines ergebnisoffenen Prozesses der Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung darf nicht Alibi sein, sondern muss auf Augenhöhe organisiert werden.

Wir wollen gemeinsam mit dem Land einen Plan verabreden, wie die verschleppte Schulsanierung in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden kann. Die Standorte für die Unterbringung Geflüchteter bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. An erster Stelle steht die Sicherheit für Bewohner*innen und Anwohner*innen vor Übergriffen rechter Rattenfänger. Geflüchtete Neuberliner*innen brauchen reale Chancen zur Teilhabe von Anfang an. Damit sie rauskommen aus den Gemeinschaftsunterkünften und in Arbeit, Ausbildung und eigene Wohnungen ein Teil der Berliner Mischung werden. Zudem braucht ein wachsendes Pankow auch eine wachsende öffent-

liche Infrastruktur, damit soziale und kulturelle Teilhabe für alle möglich ist.



Vor der Brotfabrik

Die Bezirksverordneten, die Sie am 18. September wählen können, sind Bürger*innen wie Sie auch und arbeiten ehrenamtlich. Unsere Kandidat*innen für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) kommen aus allen Teilen der Republik. Vom Azubi über Grafikgestalter, Sozialmanagerin und prekär Beschäftigte sind alle dabei. Die Hälfte unsere Kandidat*innen sind Frauen, unser Jüngster ist 18 Jahre alt. Wählen Sie DIE LINKE, damit Zusammenhalt Vorfahrt hat und wir uns kümmern können.



Bürgermeister-
kandidat DIE LINKE.
Pankow und Direkt-
kandidat im
Wahlkreis 3

BÜRGERBÜRO

Elke Breitenbach –
Katrin Möller – Udo Wolf

Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77



Soziale Stadt braucht funktionierende Verwaltung!

➤ Personalausstattung in den Bezirken verbessern

Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten. Eine gut funktionierende Verwaltung, die effizient Dienstleistungen für die Bürger*innen erbringt, sie berät und unterstützt, ist ein wesentlicher Bestandteil einer sozialen Stadt. Sie ist zugleich die Voraussetzung dafür, dass die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur der Stadt getätigt werden können: Brücken und öffentliche Gebäude sanieren, neue Schulen, Kitas und Wohnungen bauen. Eine starke Verwaltung ist auch notwendig, um öffentliche Interessen gegenüber privaten durchzusetzen.

DIE LINKE hat schon vor Jahren vor dem Kollaps des Öffentlichen Dienstes gewarnt, statt weiteren Stellenabbau

massive Einstellungen gefordert. Die SPD-CDU-Koalition hat das schlicht ignoriert. Selbst jetzt, da angesichts monatelanger Wartezeiten für einen Termin beim Bürgeramt die Krise der öffentlichen Verwaltung unübersehbar geworden ist, gelten die Personalabbaupläne formal immer noch. Das ist absurd.

Wir brauchen eine Einstellungsoffensive für den Öffentlichen Dienst. Allein um die Mitarbeiter*innen zu ersetzen, die bis 2025 in Rente gehen, sind 5.000 Neueinstellungen pro Jahr nötig. Um hierfür qualifiziertes und motiviertes Personal zu finden, muss Berlin ein attraktiver Arbeitgeber werden. Das



Bürgeramt

bedeutet nicht nur gute Gehälter, sondern auch gute Arbeitsbedingungen. Die sind aber unter den Bedingungen des permanenten Personalnotstands nicht zu gewährleisten. Deshalb wollen



wir in den kommenden Jahren deutlich mehr Personal ausbilden und einstellen.

Klaus Lederer
Spitzenkandidat
DIE LINKE. Berlin

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

8. Mai • Tag der Befreiung – Stilles Gedenken

9. Mai • 16 Uhr Sprechstunde von Elke Breitenbach (MdB) im Abgeordnetenbüro Breitenbach-Möller-Wolf

11. Mai • 19 Uhr Diskussion / Vortrag „Die Treiber der Niedrigzinspolitik“, Vermögenskonzentration und Austeritätspolitik - Ein Alternativvorschlag mit Prof. Dr. Rudolf Hickel, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (S und U Schönhauser Allee)

19. Mai • 14.30 Uhr Sprechstunde von Elke Breitenbach, MdB, im Amtshaus Buchholz, Nachbarschafts- und Familien-Café (im Erdgeschoss links), Berliner Straße 24, 13127 Berlin

20. Mai • 19 Uhr Diskussion / Vortrag „Selbstbehauptung – Leben in drei Gesellschaften“ mit Dr. Bruno Flierl (Architekt), Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (S und U Schönhauser Allee)

23. Mai • 18 Uhr Basistag, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, U Rosa-Luxemburg-Platz

• 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

25. Mai • 19.30 Uhr Diskussion / Vortrag „Frauen ohne Männer?“, Selbstverwirklichung im Alltag Leben und Werk der Schriftstellerin Elfriede Brüning, Salon Rohnstock, Schönhauser Allee 12 (U Senefelder Platz)

30. Mai • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

• 19 Uhr Diskussion / Vortrag „1976 – Die DDR in der Krise“ mit Dr. des. Karsten Krampitz, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (S und U Schönhauser Allee)

4. Juni • 13 Uhr Fete bei Käthe, Kinderfest auf dem Kollwitzplatz

4./5. Juni • Buchholzer Festtage mit Infostand der LINKEN, Buchholz Kirche

6. Juni • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

7. Juni • 13 Uhr Sprechstunde von Katrin Möller (MdB) im Abgeordnetenbüro Breitenbach-Möller-Wolf

13. Juni • 16 Uhr Sprechstunde von Elke Breitenbach (MdB) im Abgeordnetenbüro Breitenbach-Möller-Wolf

• 18 Uhr Basistag, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, U Rosa-Luxemburg-Platz

25. Juni 2016 • Fest der LINKEN an der Volksbühne

Berlinxx.net

Greifswalder Straße 220
10405 Berlin
030/547 13 44 8
030/547 13 44 9
buero@berlinxx.net



Offenes Bürgerbüro von
Carola Bluhm, Uwe Doering
und Klaus Lederer

DIE LINKE.

Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)
Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781
bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74
kontakt@linksfraktion-pankow.de



Stammtisch

> Terrorismus

Wieder Wochenende mit Treffpunkt Eiserner Gustav. Frühstückszeit. Manchmal auch mit vollem Mund begann die Diskussion. Wie so häufig war Lena die Erste. Lena: "Nach Wikipedia bedeutet das Wort Terrorismus Gewalt, Furcht und Schrecken verbreiten gegen eine politische Ordnung. Sie wollen das Denken besetzen, wobei die Medien diese Funktion durch ihre detaillierte Berichterstattung noch befördern. Das ist doch bestimmt nicht so umfassend nötig?"

Manfred setzt fort: „Vor allem war Terror in der französischen Revolution von 1789 ein entscheidendes Mittel. Die Guillotine war die Erfindung der Revolutionäre, mit der die Widersacher schnell beseitigt wurden. Das Wort Terror wird heute doppeldeutig

verwendet. Der Terrorismus ist vor allem eine ständige Begleiterscheinung unseres Lebens. Die schreckliche Seite sind Tausende Tote und Verwundete.“

Anna setzt fort: „2011 verloren ca. 12.500 Menschen durch Terrorismus ihr Leben. 2014 waren es 32.685. Eine große Stadt hat im Verlaufe von vier Jahren ihre Bevölkerung verloren. Schwerpunktländer sind Irak, Afghanistan, Nigeria, Pakistan und Syrien.“

Diese Bilanz verdeutlicht die unvorstellbare, unmenschliche Wirkung des Terrorismus. In unserer Zeit. Ein großer Anteil muss dem Staatsterrorismus der führenden kapitalistischen Länder zugerechnet werden. Auch Deutschland ist maßgeblich durch Waffenlieferungen in Krisengebiete

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 19. April 2016
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 13. Oktober 2016.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Stefan Liebich, Peter Lämmer, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

beteiligt. Klaus: „Wann ist das Ende erreicht. Ich möchte es noch erleben!“

Klaus Flemming

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 8 | | 3 | 4 | | 1 | | 7 |
| | | | 8 | | 2 | 9 | 6 |
| | 5 | 2 | | | | 1 | 4 |
| 7 | | | | | | | |
| 6 | 4 | | | 1 | | | 3 |
| | | 1 | | 6 | | | |
| | 3 | | | | | | |
| | | | 6 | | 5 | 3 | 9 |
| | | | | 7 | | | 2 |

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 7 | | 5 | | 9 | | 8 |
| 2 | | | | | | 1 | | |
| | | | | 7 | | | | 6 |
| 4 | | 9 | | 2 | | 5 | 6 | |
| | | | | | 5 | | | |
| | | | 8 | | | | | |
| | | | 2 | 6 | | | | 5 |
| | 2 | 6 | | 3 | | 8 | | |
| | | | | | 7 | | 3 | |

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.